



# Aussiedlerbeauftragtenkonferenz der CDU Deutschlands vereinbart Zusammenarbeit zur Arbeitsmarktintegration

Auf der Aussiedlerbeauftragtenkonferenz der CDU Deutschlands wurde einmal mehr deutlich: Die CDU ist der zuverlässige Partner an der Seite der deutschen Aussiedler und Spätaussiedler. Auf Einladung der Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands waren Beauftragte für Aussiedlerfragen aus Landes- und Kreisverbänden, Verantwortliche aus den Landsmannschaften und Jugendorganisationen der Deutschen aus Russland sowie zahlreiche weitere Multiplikatoren der ehrenamtlichen Aussiedlerarbeit in Berlin zusammengekommen.

Hauptthema der Aussiedlerkonferenz war die Integration deutscher Spätaussiedler, vor allem derjenigen mit akademischem Ausbildungshintergrund, in den deutschen Arbeitsmarkt. In diesem Bereich besteht noch immer ein erheblicher Verbesserungsbedarf.

Die Anerkennung von Ausbildungs- und Studienleistungen stellt nach wie vor eine besonders hohe Hürde bei der Aufnahme einer entsprechenden Tätigkeit dar. Es ist eine Arbeitsgruppe vereinbart worden, in der Programmgestalter und Vertreter berufsständischer Organisationen (z.B. Bundesärztekammer) gemeinsam

Lösungen ausarbeiten.

Mit diesen Konzeptionen sollen die Transparenz der Anerkennungsverfahren für Ausbildungs- und Studienleistungen verbessert und zielgerichtete Programme entwickelt werden, um fehlende Qualifikationsbestandteile künftig nachholen zu können. Die Integration der deutschen Spätaussiedler in den Arbeitsmarkt wird als eine der besonders wichtigen Herausforderungen der nächsten Jahre begriffen.

Einhellig begrüßt wurde die gute Berücksichtigung der Interessen deutscher Aussiedler und Spätaussiedler im neuen Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands, das auf dem Parteitag im Dezember 2007 beschlossen worden ist.



**Jochen-Konrad Fromme**

## **INHALT**

**SEITE 4**  
**JAHRELANGE FORDERUNG DER UNION MIT KABINETTS-BESCHLUSS ZUM 'SICHTBAREN ZEICHEN' REALISIERT**  
Jochen-Konrad Fromme

**SEITE 5**  
**KRIMINALITÄTSAUFFÄLLIGKEIT BEI AUSSIEDLERN NICHT HÖHER ALS BEI EINHEIMISCHEN DEUTSCHEN**  
Dr. Christoph Bergner

**SEITE 6**  
**TREFFEN MIT POLNISCHEN EU-PARLAMENTARIERN – VORSCHLAG ZUR SCHAFFUNG EINES 'HEIßEN DRAHTES'**  
Jochen-Konrad Fromme

**SEITE 7**  
**ARTIKEL 116 BLEIBT**  
Helmut Sauer

Dort ist die Fortführung der seit Jahrzehnten bewährten Aussiedlerpolitik der Union festgeschrieben, indem es heißt: „Wir halten in historischer Verantwortung an unserer Politik der Aufnahme deutscher Spätaussiedler bei gleichzeitiger Verbesserung der Lebensgrundlagen in den Herkunftsgebieten fest.

Ferner wurde berichtet, dass für die von Familientrennung betroffenen Spätaussiedlerfamilien, die sich in der Zeit vor dem Inkrafttreten der

Novelle des Zuwanderungsgesetzes und der damit verbundenen Neuregelung des Sprachtests für Familienangehörige im laufenden Verfahren befunden haben, gemeinsam mit dem Bundesinnenministerium eine unbürokratische Lösung gefunden werden konnte. Damit konnte einer großen Zahl von Familien deutscher Spätaussiedler, die von Familientrennung betroffen worden sind, geholfen werden.



## Durchbruch bei der Kriegsheimkehrerentschädigung Ost – Auszahlung schon ab diesem Jahr

Jochen-Konrad Fromme zur Einigung der Koalition über das Inkrafttreten des Heimkehrerstiftungsaufhebungsgesetzes schon zum 1. Juli 2008

Die jetzt gefundene Einigung ist erfreulich. Die Vorziehung des Auszahlungstermins auf den 1. Juli dieses Jahres ist ein Zeichen der Anerkennung des erlittenen Leids der nach Ostdeutschland heimgekehrten Kriegsgefangenen; Schicksale, die bis heute betroffen machen.

Wir, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hätten uns gewünscht, dieses Ziel schon viel früher zu erreichen. Doch es bedurfte leider eines Ringens über nahezu acht Jahre, bis wir unsere Forderung nach einer Entschädigung für die Kriegsheimkehrer im Beitrittsgebiet durchsetzen konnten.

Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang, dass dieser Erfolg von CDU und CSU für die Betroffenen, wegen der Diskussion über die Frage des Auszahlungszeitpunktes zu Irritationen geführt hat.

Eine Diskussion, die hätte vermieden werden können, wenn ein früheres Inkrafttreten des Gesetzes nicht aufgrund der Blockadehaltung der SPD im Haushaltsausschuss gescheitert wäre.

Doch gilt es jetzt, nicht verärgert zurückzublicken, sondern die Betroffenen zu beglückwünschen; endlich ist deren Warten vorbei. Das sollte für uns alle das Wesentliche sein.

# Gespräch über die Ausstellung von Visa in den Staaten Zentralasiens und in Russland

Gespräch mit dem Staatssekretär beim Bundesministerium des Innern, Herrn Dr. August Hanning



v.l.n.r.: Klaus Brähmig, Manfred Grund, Anita Schäfer, Jochen-Konrad Fromme, Dr. August Hanning, Beatrix Philipp, Dr. Martin Luther, Reinhard Grindel

Über die bestehenden Probleme bei der Erteilung von Visa und Geschäftsvisa für Menschen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion und Zentralasien sprach die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Herrn Staatssekretär Dr. August Hanning. Zunehmend fühlten sich diese durch die bestehenden Regelungen zurückgesetzt und nicht gemessen der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung behandelt, so Jochen-Konrad Fromme. Staatssekretär Dr. August Hanning erläuterte, dem Bundesinnenministerium wären die bestehenden Probleme

bewusst. Es sei deshalb, zusammen mit dem Auswärtigen Amt, eine ständige Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die sich mit der Frage der Optimierung des Visa-Verkehrs befasse. Langfristig gesehen erachte er die Einführung einer „Bona-fide-Liste“ für sinnvoll. Bis man soweit sei, biete der Abschluss von Rückübernahmeabkommen die Möglichkeit, Erleichterungen für die Ausstellung von Visa zu vereinbaren. Dies habe man beispielsweise der Regierung der Republik Kasachstan angeboten, auf deren Antwort noch gewartet werde.

## „Sichtbares Zeichen“ dient der Erinnerung an das Schicksal der Vertriebenen

Christa Stewens begrüßt Beilegung des Streits zwischen Polen und Deutschland

„Das ‚sichtbare Zeichen‘ gegen Vertreibungen wird der Erinnerung an die Kultur und das Schicksal der Vertriebenen dienen und sich damit einem lange vernachlässigten Teil unserer Geschichte zuwenden. Ich freue mich, dass der Weg hierfür nun endlich frei ist.“ Mit diesen Worten begrüßte Bayerns Sozialministerin Christa Stewens heute in München die Beilegung des langjährigen Streits zwischen Polen und Deutschland um ein Zentrum gegen Vertreibungen. „Das von der Bundesregierung geplante ‚Sichtbare Zeichen‘ sollte nun

rasch eine sinnvolle Benennung finden und im Bundeskabinett beschlossen werden“, forderte die Ministerin.

Stewens: „Wir haben Jahre unnötiger Verzögerungen und unnötiger Verletzungen hinter uns. Umso erfreulicher ist, dass wir nun mit Optimismus in die Zukunft blicken können. Ausdrücklich ermuntere ich polnische Wissenschaftler zur Mitarbeit. Alles, was der Transparenz dient, beugt Missverständnissen vor und dient damit unseren Völkern.“

# Jahrelange Forderung der Union mit Kabinettsbeschluss zum „sichtbaren Zeichen“ verwirklicht

Jochen-Konrad Fromme zu der gefundenen Einigung über ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin

Es ist sehr erfreulich, dass die SPD sich nunmehr hat dazu durchringen können, ihre Zustimmung für das seit Jahren von CDU und CSU geforderte „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin (Koalitionsvertrag: „sichtbares Zeichen“) zu geben. Dies ist ein gutes Signal an alle Heimatvertriebenen und deutschen Spätaussiedler in unserem Land.

Es ist auch ein gutes Signal an alle diejenigen in Europa, die unter Zwang, als Vertriebene oder Flüchtlinge, ihre Heimat verloren haben. Mit der geplanten Einrichtung in Berlin wird eine Institution entstehen, die die Vertreibungen in Europa im 20. Jahrhundert darstellt, die Forschungen zur Vertreibungsgeschichte anregt und dokumentiert. Die geplante Einrichtung wird ein Ort des Gedenkens und der internationalen und generationenübergreifenden Begegnung sein. Schließlich wird diese Einrichtung einen bedeutenden Beitrag leisten, Vertreibungen in Gegenwart und Zukunft weltweit dauerhaft zu ächten.

Es wird jetzt, nach der grundsätzlichen Einigung, darum gehen, die konzeptionellen Überlegungen inhaltlich auszugestalten und später die

Arbeit der Einrichtung zu einem Erfolg zu führen. Eines ist dabei ganz klar: Sowohl bei der weiteren konzeptionellen Ausarbeitung als auch beim Betrieb der Einrichtung werden die zentralen Organisationen der Heimatvertriebenen wesentlich beteiligt sein. Anders lautende Meldungen sind zurückzuweisen.

Es ist Kulturstaatsminister Bernd Neumann zuzustimmen, wenn er auf die Beteiligung der Vertriebenenvertreter im Beirat hinweist und daran festhält. Etwas anderes kann auch nicht in Betracht kommen, denn es gibt keinen Gedenkort in der Bundesrepublik Deutschland, an dessen Gestaltung die in der Hauptsache betroffenen Opfer nicht beteiligt worden wären.

Man stelle sich vor, dass Holocaust-Mahnmal in Berlin wäre ohne die Beteiligung des Zentralrates der Juden in Deutschland errichtet worden. Die Heimatvertriebenen können darauf bauen, dass sie bei der Errichtung des „Zentrums gegen Vertreibungen“ („sichtbaren Zeichens“) nicht vor der Tür stehen gelassen werden.

## ÖVP-Abgeordneter und Vertriebenensprecher, Norbert Kapeller, zu den Beneš-Dekreten

Punktgenau an jenem Tag, an dem die österreichische Regierung den Kosovo offiziell anerkannte, tagte auch der parlamentarische Menschenrechtsausschuss, wo ÖVP-Abgeordneter und Vertriebenensprecher Norbert Kapeller wiederholt ein Thema ansprach, welches in einem gemeinsamen und zusammenwachsenden Europa noch keine Lösung erfahren hat: Das der Beneš-Dekrete.

„Im österreichischen Nationalrat besteht breiter Konsens darüber, dass die Vertreibung und Enteignung der deutschsprachigen Minderheit aus der Tschechoslowakei in der Folge des 2. Weltkrieges aufgrund der Dekrete des damaligen Präsidenten Beneš und des bis heute geltenden Amnestiegesetzes, mit dem sogar Gewaltverbrechen in diesem Zusammenhang straffrei gestellt wurden, ein bis heute nicht aufgearbeitetes Unrecht darstellt. Die Betroffenen und ihre Nachkommen erwarten zu Recht eine wirksame Geste der Versöhnung und der Entschädigung durch die Tschechische Republik“, so der ÖVP-Abgeordnete.

Besonders enttäuscht zeigte sich Kapeller, dass das Thema der Beneš-Dekrete bei dem Zusammentreffen von Bundeskanzler Gusenbauer mit dem tschechischen Premier Mirek Topolánek am 7. Januar 2008 wohl wiederum keine Rolle gespielt habe. Es gelte „einmal mehr, Nägel mit

Köpfen zu machen“ und „überparteilich an einem zu Strang ziehen“, so Kapeller.

Nicht nur, dass dies erneut eine verpasste Möglichkeit war, die Beneš-Dekrete zielgerichtet zu thematisieren, ärgert Kapeller vielmehr, „dass Initiativen für Heimatverbliebene und Heimatvertriebene im Bundeskanzleramt anscheinend wohl ein Fremdwort sind“.

„Ich erhielt keine Antworten - so geht das einfach nicht. Das Thema ist für abertausende Mitmenschen, die großes Leid erlitten haben, viel zu wichtig und bedarf vermehrt politischer Aufmerksamkeit, sowohl in Österreich als auch hinsichtlich einer politischen Diskussion mit Tschechien und diesbezüglicher Lösungen. Ich werde nicht locker lassen, die Beneš-Dekrete immer wieder zu thematisieren, solange bis auch höchste Regierungskreise Lösungen einfordern, anbieten und zusammen erreichen“, führt Kapeller abschließend an.



# Kriminalitätsauffälligkeit bei Aussiedlern nicht höher als bei einheimischen Deutschen

Parl. Staatssekretär Dr. Christoph Bergner zur Kriminalität von Aussiedlern anlässlich einer Sitzung des Beirates für Spätaussiedlerfragen

Im Ergebnis wurde deutlich, dass im Hinblick auf die Gruppe der Spätaussiedler für dramatisierende Darstellungen kein Anlass besteht.

Die Kriminalitätsbelastung ist bei Aussiedlern insgesamt nicht höher als bei einheimischen Deutschen. Allerdings tritt Aussiedlerkriminalität im Wesentlichen als Jugendlichenkriminalität in Erscheinung.

Zu diesen Ergebnissen waren die Autoren einer Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge gekommen, in der sie sowohl einschlägige Befunde unterschiedlicher Analysen aus dem Bereich der polizeilichen Kriminalitätsstatistik als auch die empirische Sozialforschung berücksichtigt hatten und die sie den Sitzungsteilnehmern vorstellten. Die Studie „Kriminalität von Spätaussiedlern“ wird demnächst als Working Paper der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge veröffentlicht.

Die Teilnehmer der Sitzung stellten fest, dass für die Problem-

gruppe männlicher Jugendlicher, die die Brüche der Umsiedlung und des Milieuwechsels schwer verkraftet haben, auch weiterhin gezielte und bedarfsbezogene Integrationsmaßnahmen getroffen werden müssen. Dabei kommt es besonders auf präventive Ansätze an, die die Persönlichkeit der Jugendlichen stärken und sie befähigen, aktiv ihren Platz in unserer Gesellschaft zu übernehmen.



Es wurde beschlossen, vor dem Hintergrund zahlreicher Beispiele erfolgreicher Entwicklungen jugendlicher Spätaussiedler in einer weiteren Beratung die Perspektiven nachwachsender Generationen der Spätaussiedlerfamilien zu erörtern.

## Sachstand der Verhandlungen mit Polen über kriegsbedingt verlagerte Kulturgüter

Gespräch mit Herrn Wolfgang Maurus, ehemaliger Referatsleiter beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Wolfgang Maurus, ehemals Referatsleiter beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, stand der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einem Gespräch über offene Fragen zum Thema Beutekunst zur Verfügung. Ein Thema, welches aus diplomatischen Gründen auch heute noch mit großer Zurückhaltung angegangen wird. Die im Nachbarschaftsvertrag von 1991 vereinbarten Verhandlungen in dieser Sache hat Polen 2005 abgebrochen und bislang nicht wieder aufgenommen, berichtet Wolfgang Maurus. Die polnische Regierung vertrete auch heute noch den Standpunkt, dass der Rückbehalt der von der Sowjetunion nach dem II. Weltkrieg geraubten Kulturgüter berechtigt sei und keinen Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung von 1907 darstelle. Nach polnischem Verständnis, so Maurus, habe man im Zweiten

Weltkrieg anders als die deutsche Besatzungsmacht nie „Beute“ gemacht und nichts „geraubt“. Warschau verweise darauf, dass als Folge des Zweiten Weltkriegs die deutschen Ostgebiete nach dem Potsdamer Abkommen samt aller Kulturgüter an Polen gefallen seien. Zudem wären sie durch ein Dekret vom 8. März 1946 zu polnischem Staatseigentum geworden. Ein Unterschied zwischen enteigneten Deutschen oder Juden werde nicht gemacht. Für Polen habe das Thema in Bezug auf Deutschland auch eine besondere moralische Komponente, so Maurus. Die bloße gegenseitige Restitution von Kulturgütern ginge nach Auffassung Polens zu dessen Lasten. Während nämlich Polen die zurückgelassenen deutschen Schätze gerettet habe, seien die verlorenen Güter Polens von der deutschen Besatzung im Krieg oft gezielt vernichtet worden, werde argumentiert. Die Rückführung von kriegsbedingt verlagerten Kulturgütern wäre daher insgesamt eher einseitig, von Deutschland nach Polen.

# Treffen mit polnischen EU-Parlamentariern

Vorschlag zur Schaffung eines „heißen Drahtes“ auf Regierungs- und Parlamentsebene

Zu einem ersten Zusammentreffen mit EU-Parlamentariern der Partei Platforma reiste der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler Ende Februar 2008 nach Brüssel. Weitere Teilnehmer auf deutscher Seite waren die Europaparlamentarier Hartmut Nassauer und Dr. Christian Ehler sowie der Bundestagsabgeordnete Hans Peter Thul. Von polnischer Seite nahmen die Europaparlamentarier Jerzy Buzek, Filip Kaczmarek, Janusz Lewandowski und Jacek Saryusz-Wolski an der anregenden und ausgesprochen offenen Diskussion teil. Schnell wurde in dem Gespräch klar, dass beide Seiten sich eine Stärkung der deutsch-polnischen Freundschaft wünschen und hoffen, dass die Zusammenarbeit der Regierungen ebenso gut würde, wie sie schon jetzt zwischen deutschen und polnischen EU-Parlamentariern sei. Die allermeisten Themen würden in Brüssel Seite an Seite behandelt, so Jacek Saryusz-Wolski. Der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler regte an, die Zusammenarbeit durch die Schaffung eines „Heißen Drahtes“ mit direkte Ansprechpartner zu stärken; so könnten Themen rechtzeitig aufgearbeitet und entschärft werden. Jacek Saryusz-Wolski ergänzte, vorstellbar wäre ein jährliches Treffen zwischen deutschen und polnischen Abgeordneten, um auch schwierige Themen zu behandeln. Ein Vorschlag, der von Hartmut Nassauer gerne aufgegriffen wurde. Er meinte, man solle dieses Gespräch als Auftakt für ein solches Projekt nutzen und bot darüber hinaus an, sich um die Organisation eines Abends mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments und Bundes-



vorne: Jacek Saryusz-Wolski MdEP

2. Reihe, v.l. Jerzy Buzek MdEP, Hartmut Nassauer MdEP, Patricia Montusiewicz (Dolmetscherin), Jochen-Konrad Fromme MdB, Hans Peter Thul MdB

3. Reihe, v.l.: Christian Ehler MdEP, Filip Kaczmarek MdEP, Janusz Lewandowski MdEP

tagsabgeordneten, auch unter Einladung von Abgeordneten des polnischen Sejms zu bemühen. Die deutsch-polnischen Gespräche sind damit auf einem Weg, der vor dem Regierungswechsel in Polen und der Wahl von Donald Tusk undenkbar war.

## Ein großer Schritt für die deutschen Minderheiten – zweisprachige Ortsschilder in Polen

Jochen-Konrad Fromme zu der Ankündigung des Vertreters der deutschen Minderheiten im polnischen Parlament, Ryszard Galla, zweisprachige Ortsschilder in Regionen mit deutscher Minderheit aufzustellen

Ryszard Galla gebührt für seinen Vorstoß, erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg in Regionen mit deutschen Minderheiten zweisprachige Ortsschilder aufzustellen, besonderer Dank.

Sein Vorschlag ist eine weitere Etappe auf dem Weg zur Bewältigung des oft schwierigen Themas der deutsch-polnischen Vergangenheit. In erfreulicher Weise mehren sich die Zeichen der Annäherung und das Bewusstsein einer gemeinsamen Geschichte. Zu Recht stellt Ryszard Galla daher fest, dass zweisprachige Schilder beide Nationen „nicht trennen, sondern verbinden“.

Für die deutschen Minderheiten in Polen ist diese Entscheidung von besonderer Bedeutung. Zwar besteht die Möglichkeit, zweisprachige Ortsschilder aufzustellen seit 2005; von dem damals verabschiedeten Gesetz wurde indes nie Gebrauch gemacht.

Bischdorf (Radlow), nordöstlich von Oppeln, soll die erste Gemeinde sein, in der in diesem Sommer zweisprachige Ortsschilder an öffentlichen Plätzen aufgestellt werden. 17 Gemeinden mit deutschen Minderheiten sollen folgen; sieben weitere Gemeinden haben einen Antrag auf Aufnahme in das hierfür geschaffene Register gestellt.

# Artikel 116 bleibt

OMV-Bundesvorsitzender, Helmut Sauer, zu dem Vorschlag, dass Polen Grundgesetzänderung fordert

Laut Online-Ausgabe der Süddeutschen Zeitung vom 9. April 2008 soll der Vorsitzende der PSL-Fraktion im Polnischen Parlament (Sejm) Stanislaw Zelichowski sich dahingehend geäußert zu haben, dass es an der Zeit sei, den Artikel 116 des Grundgesetzes zu streichen. Nach Ansicht der PSL störe der Verfassungsartikel die deutsch-polnischen Beziehungen, weil er die deutsche Staatsbürgerschaft an die Vorkriegsgrenzen von 1937 binde.

Wie die Online-Ausgabe der Süddeutschen Zeitung weiter berichtet, rechne der PSL-Politiker mit der Unterstützung aller im Parlament vertretenen Parteien. Die PSL ist seit vergangenen Herbst Junior-Partner der Bürgerplattform (PO) in der Koalitionsregierung von Donald Tusk. Sie berufe sich bei ihrem Vorstoß auf den polnischen Völkerrechtler Jan Barcz, nach dessen Auffassung Artikel 116 des Grundgesetzes den deutsch-polnischen Grenzvertrag von 1990 verletze.

Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung weist diese Forderungen aus der PSL entschieden zurück. Nach Artikel 116 des Grundge-

setzes ist Deutscher, „wer die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat“.

Diese Vorschrift unseres Grundgesetzes hat unter anderem nach wie vor Bedeutung für die Aufnahme von Spätaussiedlern in der Bundesrepublik Deutschland. Hierzu stehen wir unverändert. Eine Abschaffung kommt für uns nicht infrage. Dies verbietet nicht zuletzt das Schicksal der betroffenen Menschen.

Die Bauernpartei sollte sich mangels Sachkenntnis aus innerdeutschen Angelegenheiten heraushalten und sich besser positiv einbringen, in die rasche Umsetzung des geplanten Reprivatisierungsgesetzes. Somit würde sie einen Beitrag leisten, damit endlich die entschädigungslose Enteignung und noch bestehende polnische Unrechtsgesetze überwunden werden.



## Thomas Helm prägte Arbeitsgruppenstrategie

In einer Arbeitsgruppensitzung verabschiedete der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler, Jochen-Konrad Fromme, MdB, Herrn Thomas Helm, aus der Verantwortung für die Arbeitsgruppe. Letzterer folgt einem Ruf in die Geschäftsführung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und wechselt in das Büro vom Parlamentarischen Geschäftsführer, Herrn Manfred Grund, MdB.

Fromme bedankte sich mit einem Buch über die „Gustloff“ bei Herrn Helm für die seit 2001 in der Arbeitsgruppe geleistete Arbeit. Thomas Helm war nicht nur ein einfacher Sekretär, sondern hat mit seinen Ideen und Vorschlägen die Arbeit maßgeblich geprägt. Unter den 3 Vorsitzenden Koschyk, Marschewski und Fromme hat er es verstanden, das Feld der Vertriebenen-, Flüchtlings- und Aussiedlerpolitik für die Arbeit der AG so auf- und vorzubereiten, dass eine sehr konstruktive Arbeitsweise erreicht werden konnte.

Mit seinem guten Spürsinn für politische Zusammenhänge hat er immer dazu beigetragen, die Arbeitsgruppe hart am Wind der Tagespolitik zu halten. Die gute Vorbereitung und Zuarbeit hat es allen Vorsitzenden, so Jochen-Konrad Fromme, leicht gemacht, ihrer Aufgabe gerecht zu werden.

Auch in die Verbände und Organisationen hinein ist Herr Helm für sein Engagement und sein ausgeprägtes Wissen bekannt. Er hatte gute Kontakte zu allen Beteiligten, die sich auch von ihm immer angesprochen gefühlt haben und konnte so für alle Gesprächs-

partner eine echte Hilfe sein.

Darüber hinaus hat sich Thomas Helm auch in den zuständigen Politikfeldern seiner jeweiligen Vorsitzenden als Person und kundiger „Thebaner“ eingebracht. So hat er maßgeblich die Beratungen zum Grundsatzprogramm der CDU und der Föderalismusreform ebenso mit vorbereitet wie die Novellierung des Ausländerrechtes. Auch im technischen Bereich ist seine Handschrift spürbar geworden. So hat er den Informationsdienst der Arbeitsgruppe nicht nur inhaltlich zu einem anschaulichen und hilfreichen Instrument gemacht. Darüber hinaus hat er zu wirtschaftlicheren Lösungen bei der Kommunikation mit Betroffenen beigetragen.

Fromme dankte im Namen und unter Applaus der gesamten Arbeitsgruppe Thomas Helm für sein Engagement und gab ihm auf dem Weg, auch in seinem künftigen Aufgabenbereich dieses Politikfeld, das er mit Leidenschaft über Jahre betrieben hat, nicht zu vergessen.

Die Nachfolge von Herrn Thomas Helm hat Frau Christine Baumdick angetreten, welche in der nächsten Ausgabe vorgestellt wird.



## Landesbeauftragter Friedrich sprach bei den Schlesiern

Bei der Landesdelegiertenversammlung der Landsmannschaft Schlesien hat der Landesbeauftragte auf den hohen Standard bei der Kulturarbeit hingewiesen. Kulturarbeit trägt zur Identität der vertriebenen Ostdeutschen bei. Friedrich: „Ostdeutsche Kultur ist mehr als Volkstanz und verweist auf den Kulturreichtum der Vertreibungsgebiete. Sie muss als Teil der deutschen und europäischen Kultur begriffen, gepflegt und auch staatlich gefördert werden“.

Friedrich erinnerte in diesem Zusammenhang an die jährliche Kulturtaugung der Landsmannschaft Schlesien. „Als Beispiel einer besonders herausragenden Ausstellung darf ich die vor wenigen Tagen zu Ende gegangene Ausstellung über Dr. Herbert Hupka anführen, die vom Präsidenten der Schlesischen Landesvertretung, Herrn Prof. Dr. Michael Pietsch, erarbeitet wurde“, so der Landesbeauftragte. Er zitierte im Zusammenhang mit der Ausstellung Dr. Herbert Hupka: „Die Heimat Schlesien sollte auch jetzt in der Ferne und Fremde leben, Schlesien musste überleben, Schlesien durfte nicht untergehen. Das war zunächst nur eine Vision und Hoffnung. Heute wissen wir es klarer und überzeugender, Schlesien existiert, kann nicht untergehen“.

Landesbeauftragter Friedrich betonte, dass die Kulturarbeit als zentrale Aufgabe in Zukunft weiter gehen muss und nannte als künftige Aufgabe die Zukunft der Heimatsammlungen und Heimatmuseen. Er regte weiterhin an, über einen jährlichen Kulturpreis in Hessen nachzudenken.

## Erika Steinbach zum sechsten Mal zur BdV-Präsidentin gewählt

Erika Steinbach ist auf der Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen in der Hessischen Landesvertretung in Berlin mit überwältigender Mehrheit zum sechsten Mal wieder für weitere zwei Jahre zur BdV-Präsidentin gewählt worden. Die Delegierten würdigten damit vor allem auch die persönliche Arbeit, die sie in ihrer zehnjährigen Amtszeit für die Heimatvertriebenen geleistet hat.

Zu Vizepräsidenten wurden gewählt: Adolf Fetsch, Wilhelm von Gottberg, Alfred Herold, Christian Knauer, Helmut Sauer (Salzgitter) und Albrecht Schläger.

Weitere Präsidialmitglieder wurden:

Oliver Dix, Dr. Bernd Fabritius, Bernhard Krastl, Stephan Mayer MdB, Hartmut Saenger und Arnold Tölg.

Mit Stephan Mayer MdB CSU gehört ein weiterer aktiver Bundestagsabgeordneter (MdB seit Oktober 2002) dem Präsidium an.

## Silvesterorden für Landesbeauftragten Friedrich

Im Rahmen des Dreikönigstreffens der Ackermann-Gemeinde in Wiesbaden hat der Diözeseanvertriebenenseelsorger Pfarrer i.R. Karl Kindermann im Auftrag des Vertriebenenbischofs Gerhard Pieschl dem Landesbeauftragten der hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, den Silvesterorden überreicht.

Papst Benedikt XVI. ehrt mit dieser Auszeichnung die grenzüberschreitende Versöhnungsarbeit des Landesbeauftragten und würdigt damit auch die Verdienste von Rudolf Friedrich um die Integration der Spätaussiedler. „Als Zeichen unserer Dankbarkeit berufen wir Dich zum Ritter des Ordens vom heiligen Papst Silvester“ ist u.a. in der Urkunde ausgeführt.

## IMPRESSUM

Herausgeber:	Dr. Norbert Röttgen MdB Hartmut Koschyk MdB Parlamentarische Geschäftsführer Jochen-Konrad Fromme MdB
Redaktion:	Christine Baumdick (verantwortlich) Martin Kreienbaum
Sekretariat: Kontakt:	Ines Roehm Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler
Anschrift:	Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-55364 Telefax (0 30) 2 27-56154